

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

261 (8.11.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 7 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 7 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Aboligen abgeholt 6 M. monatlich. — Einzelheft 30 Pf. Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Eifenstr. 21 Fernsprecher: 4.—M.; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 151. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.40 M. Die Restameile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestrich 5 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Deutschland unter Entente-Kontrolle

Reise der Reparationskommission nach Berlin

Br. Berlin, 7. Nov. Amstsch. Die deutsche Regierung hat von der Reparationskommission die Mitteilung erhalten, daß sich die Mitglieder der Reparationskommission nach Berlin begeben werden, um mit der deutschen Regierung über die Durchführung der vom Garantienomitee in Aufsehung des Zahlungsplanes gewünschten Maßnahmen und einer Ergänzung eine Besprechung abzuhalten.

Br. Berlin, 8. Nov. Der von einem umfangreichen Stab begleitete Kommissionszug u. a. an: Als führend-Vertreter Englands Lloyd George und B. C. Bradburn, als Vertreter Belgiens De Lacroix, der frühere Ministerpräsident und Bommelsmans, als Vertreter Frankreichs Fubisz, sowie je ein Vertreter der Vereinigten Staaten und Italiens. Neben der voraussichtlichen Tätigkeit der Kommission erfährt die Telegraphen-Union weiter, daß neben dem Wunsch der Kommission, sich über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten ein klares Bild zu machen, die Absicht besteht, gegebenenfalls eine durchgreifende Änderung der bisherigen Zahlungsmodalitäten zu erwirken. Die Kommission wird ihre Verhandlungen nicht auf die deutschen öffentlichen Stellen beschränken, sondern auch führende deutsche Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens befragen. Hierbei spielt naturgemäß das Problem der deutschen Devalua beim die Stabilisierung der Mark eine ausschlaggebende Rolle. Wie verlautet, liegen in dieser Hinsicht bereits bestimmte Pläne vor. Es liegt auf der Hand, daß die rasche Marktenwertung der letzten Wochen auch in den ehemals feindlichen Ländern nicht ohne Ergebnis beobachtet wird.

Br. Paris, 8. Nov. Nach dem „Temps“ handelt es sich bei der Berliner Reise der Reparationskommission u. a. um die von Deutschland verlangte Freigabe einiger deutscher Einnahmequellen, auf die den Verbündeten die Priorität zusteht, als Sicherheit zur Beschaffung einer Anleihe.

Sum Kabinettwechsel in Preußen

Br. Berlin, 7. Nov. Der am Samstag vom preussischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählte sozialdemokratische Abgeordnete Otto Braun hat in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten Leinert die Wahl angenommen. Der preussische Ministerpräsident Braun hat, dem „Vorwärts“ zufolge, die Mitglieder des neuen Kabinetts auf Dienstag nachmittags zusammenberufen, um mit ihnen den Text der programmatischen Regierungserklärung festzustellen.

Br. Berlin, 7. Nov. Der frühere Ministerpräsident Stegerwald hat endgültig auf die Teilnahme am Kabinett verzichtet.

Eine Verlautbarung Stegerwalds

Br. Berlin, 7. Nov. In der heutigen Nummer der Tageszeitung „Der Deutsche“ veröffentlicht Ministerpräsident Stegerwald unter der Überschrift „Mein Rücktritt“ einen Artikel, in dem er zunächst feststellt, daß er dem Ministerium Braun nicht angehören werde, auch nicht als Wohlfahrtsminister. Er werde wieder in der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung und daneben im Reichstag tätig sein. Er sei in den letzten 2½ Jahren sehr gegen seinen Willen preussischer Minister gewesen. Bei der Bildung der preussischen Regierung nach der Revolution habe er sich erst in der letzten Stunde zur Annahme des Wohlfahrtsministeriums und zwar unter dem ausdrücklichen Vorbehalt eines baldigen Wiedertritts bewegen lassen. Die Landtagswahlen vom 20. Februar 1921 hätten eine bedeutende Schwächung der alten Koalition gebracht. Bis zum 9. April sei daher keine Koalition und keine Regierung zustandezubringen gewesen. Bis jetzt gilt, so sagt Stegerwald weiter, eine breite politische Koalition, in der sowohl die Arbeiterchaft wie die geistig und wirtschaftlich führenden Kreise des Landes stark vertreten sind, für eine staatliche und deutsche Existenzfrage. Die Koalition müsse geschäftet werden mit der Partei, die rechts vom Zentrum stehe. In einer solchen Konstellation der Koalition nach links würde das staatsnotwendige Ziel, das deutsche Volk vor seinem Untergange zu retten, nicht erreicht werden.

Das Beamten-Befoldungsgeheh

Br. Berlin, 8. Nov. Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner öffentlichen Sitzung am Montag abend, die von Reichsfinanzminister Dr. Herms geleitet war, mit dem neuen Befoldungsgeheh. Die Ausschüsse haben den Entwurf der Regierung unverändert angenommen, freilich unter der Bedingung, daß Siderheit dafür besteht, daß auch im Reichstag der Entwurf ohne Änderung angenommen wird und daß die Reichsregierung eine noch näher zu formulierende Erklärung abgibt, daß sie sich bereit erklärt, die Mehrkosten, die den Ländern durch die Regelung der Befoldung erwachsen und so weit erforderlich auch den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Das Gesetz tritt rückwirkend vom 1. Oktober in Kraft. Die Vorlage ist vom Plenum des Reichsrates mit Stimmenmehrheit angenommen worden. Für die möglichst umgehende Auszahlung der erhöhten Bezüge der Beamten ist Sorge getragen, sobald der Reichstag die Vorlage verabschiedet hat.

Karlsruhe, 8. Nov. Die soziale Arbeitsgemeinschaft deutscher Beamten-Verbände, welche mehr als 250.000 Beamte umfaßt, hat gegen das neue Befoldungs-System folgende Entschlüsse angenommen: Der geschäftsführende Ausschuss der sozialen Arbeitsgemeinschaft deutscher Beamten-Verbände (Befoldungsgruppe I bis VI) nimmt von dem Regierungsvorschlag, die Neuordnung der Beamtengehälter betr. mit großer Enttäuschung Kenntnis. Aus dem Vorschlag der Regierung ist zu ersehen, daß man an den maßgebenden Stellen kein Verständnis für die überaus traurige, ja trostlose wirtschaftliche Lage der Beamten in den Befoldungsgruppen I—VI hat. Nur vom ausgesprochensten Klassenstandpunkt aus sind Unterschiede im Grundgehalt, wie sie zwischen Gruppe I mit 7.500—12.000 M. und Gruppe XIII

Eintritt der Sozialdemokratie in die württembergische Regierung

Br. Stuttgart, 7. Nov. Amstsch. wird der Eintritt des bisherigen Arbeits- und Ernährungsministers Dr. Scholl, der der deutsch-dem. Partei angehört, und als dessen Nachfolger der sozialdemokratische Reichs- und Landtagsabgeordnete Wilhelm Reil bekannt gegeben. Damit ist der Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung auch in Württemberg vollzogen.

Zu dem Wechsel im württemb. Arbeits- und Ernährungsministerium schreibt der Staatsanzeiger u. a.: Als die Sozialdemokratie nach den Wahlen vom Juni 1920 ihren Austritt aus der Regierung erklärt hatte, bildeten Zentrum und Deutsch-dem. Partei mit Staatspräsident Dr. Hieber an der Spitze ein Ministerium, von dem drei Mitglieder der demokratischen Partei und zwei der Zentrumspartei angehörten, das aber auch, wenn es von der Deutschen Volkspartei unterstützt wurde, eine parlamentarische Mehrheit nicht hinter sich hatte. Damit war eine politische Lage geschaffen, die von Anfang an eine Verbreiterung der parlamentarischen Regierungsgrundlage als wünschenswert ersehnen ließ, und die auf die Dauer nicht haltbar sein konnte. Als nun in den jüngsten Tagen im Zusammenhang mit den Vorgängen im Reich und in Preußen die sozialdemokratische Partei und Fraktion sich entschloß, an der Regierung wieder an beratender Stelle teilzunehmen leitete der Staatspräsident sofort Besprechungen der Minister und Fraktionsvertreter ein, die von allen Seiten mit der Absicht wirklicher Verständigung geführt wurden und um so rascher eine Entscheidung ergielten, als Minister Dr. Scholl ohne weiteres sein Ministerium zur Verfügung stellte. So wurde eine Verständigung auf der Grundlage erzielt, daß der Staatspräsident den Arbeits- und Ernährungsminister Dr. Scholl auf sein Amt und den Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Reil auf seine Stelle den von der Sozialdemokratie vorgelegten Reichs- und Landtagsabg. und Vizepräsidenten des Landtags Reil zur Übernahme dieses Ministeriums berief.

Schließung der Benzwerke in Mannheim

3500 Arbeiter sollen entlassen werden

Br. Mannheim, 7. Nov. Wie der Verband der Metallindustrie Kreislern mitteilt, wird die Firma Benz u. Co., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik AG. in Mannheim, den Betrieb ihrer Automobilfabrik am Dienstag früh einstellen und die gesamte Arbeiterschaft, etwa 3500 Mann, entlassen. Als Grund zur Schließung der Werke werden die fortgesetzten Demonstrationen der Arbeiterschaft angegeben, die mit Versammlungen auf dem Fabrihof, Eindringen in die Verwaltungsgebäude und Direktionsbüros und Bedrohung der Direktoren verbunden waren, sowie die Montag früh erfolgte Rißhandlung und Verlegung von Betriebsbeamten. Die Schließung der Benzwerke steht mit den zurzeit zwischen den zuständigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern schwebenden Verhandlungen über Lohnforderungen in keinem Zusammenhang.

Eine Mordtat im besetzten Gebiet

Br. Mainz, 7. Nov. Wie die „Mainzer Volkszeitung“ aus Bingen berichtet, wurde dort der Unterlassiger der sozialdemokratischen Partei, Franz Kroehl, in der Nacht vom Samstag auf Sonntag von marokkanischen Soldaten getötet. Kroehl befand sich in Begleitung eines Parteigenossen um 12 Uhr nachts auf dem Heimweg, als in der Nähe zwischen Schiffen und Marokkanern ein Streit ausgebrochen wurde. Die beiden gänzlich unbeteiligt ihres Weges gehenden wurden plötzlich von einem stüchtigen Marokkaner angegriffen. Kroehl wurde zu Boden geworfen und mit dem Seitengewehr in die Brust gestochen. Er starb nach wenigen Minuten.

Der Streik der Berliner Gasthausangestellten

Br. Berlin, 7. Nov. Die Entscheidung im Streik der Gasthausangestellten ist gefallen. Durch den Einfluß verschiedener Stellen ist es gelungen, ein Schiedsgericht zu bilden, dessen Autorität anguerkennen, sich beide Parteien verpflichteten. Die Verhandlungen kamen erst spät nach Mitternacht zum Abschluß. Den Kellnern von Bier- und Gastwirtschaften wird ein Mindesteinkommen von 1800 M. garantiert, in Weinrestaurants und Kaffees, ein solches von 16—18.000 M. Auf die beabsichtigten Speisen und Getränke wird ein Zuschlag von 10 % erhoben, der gesondert in Rechnung gestellt wird. Von diesen 10 % erhält der Kellner zunächst die genannte Garantiesumme. Am Ende des Monats werden die Ueberschüsse gleichmäßig auf die sämtlichen Kellner des Betriebes verteilt. Die Speisen- und Weinlizenzen erhalten einen Aufschlag, wonach 10 % Beihilfengeld erhoben werden und dem Kellner kein Trinkgeld zu geben ist, da er fest entlohnt wird und daß ihm die Annahme von Trinkgeld verboten ist. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Betriebe sind so schnell als technisch möglich ist, wieder in Betrieb zu setzen. Angefellte, die an Ausschreitungen beteiligt waren, werden nicht wieder eingestellt.

Braun und Wirth

Aus Berlin schreibt man uns:

Die Wahl des Genossen Otto Braun zum preussischen Ministerpräsidenten, die am Abend des 5. November mit den Stimmen der alten Koalition und eines Teils der Deutschen Volkspartei erfolgt ist, erscheint als ein politisches Ereignis, das in verschiedenen Farben schillert. Es wäre kinderleicht auseinanderzusetzen, daß diese Wahl einen großen Erfolg der Sozialdemokratie bedeutet die durch dieselbe einige lebenswichtige Machtpositionen zurückerobert hat. Für Stegerwald Otto Braun, für Dominicus Seering, für Fischel Seering — wer kann bestreiten, daß das ein ganz gewaltiger Fortschritt ist? Sicher war es auch höchste Zeit, daß die Sozialdemokratie in die Regierung des größten deutschen Bundesstaates zurückkehrte. Man braucht ja nur die Dinge betrachten, die sich jetzt wieder in München ereignen, um zu sehen, wohin es führt, wenn die Regierung für längere Zeit den bürgerlichen Parteien allein überlassen bleibt.

Der demokratische Agrarpolitiker Wendorf als Landwirtschaftsminister für Wormald ist sicher kein Schaden, sondern eher ein Gewinn. Justiz und Wohlfahrt bleiben beim alten. Aber nun kommt der Punkt, zu tragen peinlich: Die Volksparteiler Voelz und Richter als Kultus- und Finanzminister! Richter und Saemisch ist wahrscheinlich kein großer Unterschied, aber dieser Voelz als Kultusminister (man muß schon sagen Kultus- und nicht Unterrichtsminister) ist eine Katastrophe, oder vielmehr besser gesagt ein Übel. Dieser Voelz ist einer von jener Sorte der Gymnasialdirektoren, die der Simplizismus einst in besseren Zeiten so prachtvoll bejungen hat, ein typischer Strammsteher und Hurrahschreier der verlossenen wilhelminischen Ära. Die sozialdemokratische Fraktion hat gegen diesen unmöglichen Minister ernste Vorstellungen erhoben, ob aber die Volkspartei ihn fallen lassen kann, ohne daß dabei alles wieder in die Brüche geht, steht dahin.

Die sogenannte große Koalition, die nun in Preußen versucht wird, war für die Sozialdemokratie nie ein Vergnügen. Für die Deutsche Volkspartei aber scheint sie noch etwas schlimmeres werden zu sollen. Es gibt Dinge, über die man öffentlich nicht sprechen kann, solange sie nicht reif sind. In sozialdemokratischen Kreisen war aber längst bekannt, daß in der Deutschen Volkspartei das fürchterlichste Durcheinander herrscht und, daß man in der volksparteilichen Reichstagsfraktion gelegentlich schon einmal mit Häufen gegen einander loszugehen drohte. Aus solchen Erscheinungen folgerten manche sozialdemokratische Politiker, daß die große Koalition zu einer Spaltung der Deutschen Volkspartei führen werde: Ein Teil werde nach links hinüberweichen und der andere nach rechts zu den Deutschnationalen. Gerade diese Aussicht, einen bisher starken Gegner zu spalten, gehörte mit zu den Gründen, die jene sozialdemokratischen Politiker dazu veranlaßten, zur großen Koalition keine geradewegs ablehnende Stellung einzunehmen.

Am Samstag hat es sich nun tatsächlich ereignet, daß ein Teil der Deutschen Volkspartei für Braun stimmte, der andere aber gemeinsam mit den Kommunisten weiße Stimmzettel abgab. Da die Wahl geheim ist, läßt sich das Kräfteverhältnis noch nicht genau übersehen, aber gespannt darf man sein, wie sich nun die Abstimmung über das Vertrauensvotum gestaltet, das Braun am Donnerstag verlangen wird.

Während der preussische Landtag seinen neuen Ministerpräsidenten wählte, tagte im Berliner Esplanade-Hotel der Reichsverband der deutschen Industrie, um in der Frage der Kredithilfe seine Entscheidung zu treffen. Hier aber ist es gerade umgekehrt gegangen, wie in der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, hier haben die Scharfmacher gesiegt. Das Ergebnis war ein bedingungsweises Angebot der Kredithilfe an das Reich, aber die Bedingungen sind so gestellt, daß man eher von einem übermäßigen Ultimatum oder von einer schlecht verhängten Abgabe, als von einem wirklichen Angebot sprechen kann. Die vom Reichsverband angenommene Entschliebung proklamiert die Diktatur des Kapitals. Die Gewaltigen der Wirtschaft spekulieren dreist auf die Notlage des Reichs und werfen dem demokratischen Staatsweien den Fehdehandschuh hin. Sie wollen sich für eine „geldliche Stützung des Reiches“ interessieren, wenn im Reich und Staat alles nach ihrem Willen geschieht. Zu dem Diktat der Entente gesell sich das Diktat des deutschen Kapitalismus.

Der Beschluß des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist ein wohlgeleiteter Schlag gegen das Kabinett Wirth. Die Industrieherrn wollen keine Verständigung mit der Demokratie, und mit den Arbeitern, sie wollen vielmehr nach ihrem Gutdünken aufräumen, und hätten sie am Samstag statt im Hotel Esplanade im Landtag gesessen, so hätten sie sicherlich gleichfalls weiße Stimmzettel abgegeben, oder gleich deutschnational gestimmt.

Die entscheidende Frage ist heute nicht, ob Braun am Donnerstag eine Mehrheit finden wird, sondern sie ist, ob Wirth im Reichstag eine Mehrheit beizubringen vermag, mit welcher den Kampf gegen die übermächtigen Industrieberrn aufnehmen kann.

Wenn jetzt der Reich nicht zeigt, daß es entschlossen ist, sich auf dem Wege des Gesetzes das zu holen, was ihm das Kapital in unangenehmer Weise verweigert, dann ist der Sieg des Geldtums über die Demokratie entschieden. Aber freilich, dieser Sieg ist auch nur ein vorläufiger und seine Folgen sind unabsehbar. Am Laufe dieser Woche trifft die Reparationskommission in Berlin ein. Man kann das als Zeichen dafür nehmen, daß der Entente-Kapitalismus nicht daran denkt, auf seine im Weltkriege erworbenen Rechte zugunsten des deutschen Kapitalismus zu verzichten. Die Reparationsforderungen der deutschen Wirtschaft sind drauf und dran, uns in eine neue Katastrophe hineinzureiten.

Unter diesen Umständen ist es immerhin als ein Hoffnungszeichen zu begrüßen, daß die Sozialdemokratie ihre Stellung in Preußen und damit im ganzen Reich wieder gestärkt hat, und daß die Reichsregierung jetzt wenigstens nicht mehr die preussische Regierung als Feind im Rücken hat. Dennoch bleibt ihre Stellung ungemein schwierig. Wir müssen uns auf schwere innerpolitische Auseinandersetzungen gefaßt machen, in die wir nur dann guten Willens hineingehen können, wenn die Arbeiterklasse einig und geschlossen dasteht. Erste Regel jedes Kampfes ist, nicht sich selber, sondern den Feind zu zerblättern. Es ist nicht das wichtigste Ereignis, wenn das neue Kabinett Braun wirklich mit einer so komischen Figur wie diesem Herrn Boelitz geschmückt werden soll.

Eine sonderbare Republik

In München wurden am Samstag die Leichen des Königs paars mit einem Pomp bestattet, den man nur aus der wilhelminischen Zeit kennt. Wolff und LL bringen lange Berichte darüber, mit denen wir jedoch unsere Leser verschonen wollen.

Wenn ein Nichtdeutscher die Münchener Tageszeitungen letzter Woche in die Hand bekommt, so wird er sich angefangen der lässlichen seitenslangen Hinweise auf das Arrangement der Trauerfeier für den ehemaligen Ludwig Wittelsbach über die Eigenart der bayerischen Republik nicht ganz im Klaren sein. Werden doch Anordnungen bekannt gegeben, wo und wie sich die von der Republik bezahlten Beamten aufzustellen haben. Wenn die pompöse Aufmachung der Trauerdemonstration, die selbst in den Zeiten des Absolutismus nicht ihresgleichen findet, nur einem rein menschlichen Empfinden Ausdruck gäbe, oder wenn sie nur dem Bedürfnisse der Münchener Bevölkerung nach öffentlichen Schaulustungen Rechnung tragen würde, so könnte man über die Sache lächelnd hinwegsehen. Aber die unter der Leitung des Herrn v. Kahr vorgenommene "Feier" trägt zu sehr den Charakter eines Triumphzuges des monarchistischen Gesamtens an sich, um nicht einen berechtigten Protest aller republikanisch Gesinnten zu erwecken. Der Akt des Regierungspräsidenten Kahr über die Beteiligung aller Behörden fordert zu der Frage heraus, wer die militärischen Stäbe der Reichswehr, die Beamten der Reichsbahn, Post und die Beamten jedes einzelnen Ressorts zur Beteiligung in corpore abkommandiert hat. Hier wird ein Zwang ausgeübt, der in direktem Widerspruch zu dem Sinne der grundlegenden Bestimmungen der bayerischen Verfassung steht.

Die Hoffnungen Rupprechts

Wie die Blätter melden, erlöst Prinz Rupprecht eine Kundgebung, in der er erklärt, er werde die zahlreichen Wünsche der Teilnahme anlässlich der Befreiungsfeier seiner Eltern nicht verpassen und dann fortfährt: Mein höchstliegender Herr Vater hat den Reich des Lebens bis zur Keige geleert. Nicht nur sah er sein auf das Beste des Landes gerichtetes Lebenswerk erfüllt, er mußte zu seinem Schicksal nach dem Zusammenbruch des deutschen Reiches auch noch in einem Augenblick der Anordnung und Vermittlung erfolgte Übergabe von wesentlichen für das Bestehen des bayerischen Staates unentbehrlichen Rechten eintreten in die Rechte meines Herrn Vaters und im Trennungsmoment zu meiner bayerischen und deutschen Heimat hin ich verpflichtet, dies festzustellen. Das schulde ich der Ueberlieferung meines Hauses, der Geschichte und der Zukunft. Die in den letzten Tagen mir zum Ausdruck gekommenen Gefühle berechtigen zu der Hoffnung, daß das bayerische Volk, seinem gesunden Sinn entsprechend, aus seiner jetzigen Bedrängnis sich mit Gottes Hilfe wieder emporringen werde.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund

Eckehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel (Fortsetzung)

Wie sie aber im Schwabenland sich des Verflohenen erwarnten und ihm ein würdevoll Götteridenten, sein Leben zu krönen, und wie sie daran dachten, mit Heeresmacht für sein gekränktes Recht zu streiten, da sandte der Luitward auch noch Wörder wider ihn. Er war eine seltene Nacht im Reidinghofe, der Sturm brach die Reite im Fort und die Reiterlenden klapperten, der abgewiesene Kaiser konnte vor Aorhoch nicht schlafen und war auf das Dach geklettert, daß ihm der Sturm Kühlung zulasse: da brachen sie ein und nahen auf ihn. Er ist ein sanftmütiges Gefühl, sag ich Euch, wie schwerem Haupt auf kaltem Dach zu sitzen und zu hören, wie sie drüben bedauern, einen nicht frangulieren und am Ziehdurcken aufstärken zu können.

Wer das erlebt hat, der tut am besten, er scheidt.

Und der dicke Repinbart zu Reidingen war grad zu rechter Gelt vom Baum herab zu Tod gefallen, daß man ihn auf den Schragen legen konnte und im Land verkünden, der abgewiesene Kaiser sei des Todes verblieben. Es soll ein schöner Leidensgang gewesen sein, wie sie ihn in die Reichenau trugen; der Himmel tat sich auf, ein Lichtstrahl fiel auf die Fahre, und sie haben eine rührende Reden gehalten, da sie ihn einsetzten rechts vom Altar: daß er seiner Würden entblößt und seines Reiches beraubt ward, war eine Küngung des Himmels, ihm zur Ränterung und Erbe, und da es geduldia trua, nicht zu hoffen, daß ihn der Herr mit der Krone des ewigen Lebens für die belohnt, die er hinterden verlor. So redigten sie in der Klosterkirche und wußten nicht, daß in derselben Stunde der, den sie zu begraben meinten, mit Tod und Tod und einem Licht auf die Welt in der Einsamkeit der Felsenhöhlen einloug.

Der Greis lachte: Wer ist's sicher und ruhig, um an oße Geschichten zu denken; stößt an: die Toten sollen leben! Und der Luitward ist doch betrogen; wenn sein Kaiser auch einen alten Hut trägt hat güldenem Reif und Erpplinger reult hat gelbigem Abenmein, so lebt er doch noch: diemelt die Dogeten und ihr ganzes Geschlecht vom Tode gerafft sind und die Sterne werden ihr Recht behalten, in denen bei seiner Geburt

Dividenden-Wur er der Industrie

- 23 Prozent: Feist Schellerei A.G., Frankfurt a. M., und zwar auf das höchste Aktienkapital. Ein Neufau (1) wird nebei mit 500 000 M total abgeschrieben. Sämtliche Bau- und Betriebsanlagen stehen mit einer ganzen Kart (1) zu Buch.
- 25 Prozent: Sächsishe Werkzeugmaschinenfabrik Escher A.G., Chemnitz.
- 25 Prozent: Lüneburger Wachsbleiche A.G.
- 25 Prozent: Kupfer- und Messingwerke A.G., Eberfeld.
- 25 Prozent: Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte. Der Ueberschuß hat sich von 10 auf 44 Mill. Mark erhöht.
- 25 Prozent: Jährerfabrik Augsburg A.G.; dabei sind 2 Mill. Mark für Werkerhaltung beiseite gebracht, und noch 250 000 M als Reservefonds. Der Ueberschuß stieg von 450 000 M auf 3,5 Mill. Mark, also auf mehr als das Fünffache.
- 25 Prozent: A.G. Jüderfabrik Hahnau, Schlefien. Die Dividende ist gegen das Vorjahr mehr als verdoppelt.
- 30 Prozent: A.G. Kartonnagenindustrie, Dresden, und zwar 20 Prozent und 10 Prozent Bonus. 1 Mill. Mark sind für Werkerhaltung in Reserve gebracht, und zwar vor Feststellung des Gewinnes.
- 30 Prozent: Samsburger Hochfeffscherei A.G. Der Ueberschuß stieg von 850 000 M auf 2,06 Mill. M, also verdreifachte sich.
- 30 Prozent: F. A. Köhler u. Co. A.G., Göttersdorf. Dabei sind laut Geschäftsbericht die Vorrate außerordentlich vorzüglich bewertet, d. h. in der Natur sind noch große Gewinnreserven verbleibt. Das Geschäft floriert derzeit, daß s. B. in der Strumpfabrikung nichts auf Lager gearbeitet wird.
- 30 Prozent: Terra A.G. Samenzüchterei Hohenleben, und zwar 15 Prozent + 15 Prozent Bonus.
- 30 Prozent: Mühle Rünzingen A.G. bei Braunschweig. Dabei sind die Abschreibungen vermindert. Die Mühlen arbeiten nur für die Mehlgetreidefabrik.
- 30 Prozent: Reichler Ermineri und Weberer, Wittwe, und zwar 20 Prozent Dividende und 10 Prozent Bonus.
- 40 Prozent: Verein Deutsche Nickelwerke A.G., und zwar 22 Prozent und 18 Prozent Bonus. Dabei ist ein Werkerhaltungsfonds von 4 Mill. M. eingerichtet worden, und 2 Mill. Mark einzeln in der Unterföhrungsabteilung für Werksangehörige.
- 40 Prozent: Maschinenfabrik Scherhards A.G., Wolfenbüttel (oben nur 10-27 Prozent in den vier Vorjahren).
- 200 Prozent: A.G. für feuerfeste Produkte Eo'bera, Rheinfeld, und zwar 40 Prozent Dividende und 160 Prozent Bonus. Mit einem Kapital von 750 000 M wurden 1 500 000 M Dividenden erzielt. Mit 600 000 M wird der Kommerzialrat Kierdorf als Vorsteher des Aufsichtsrats darauf hin, daß dies "glänzende Ergebnis" vor allen Dingen auf Wertgewinne durch Versicherungen nach Holland zurückzuführen ist!
- 215 Prozent: Aktienandereisfrist Rumb, und zwar 15 Prozent Dividende und auf jede Aktie eine Doppel-Gratsaktie = 200 Prozent. Aber weiter noch: außerdem hat jeder Aktionär das Bezugsrecht zu 2 neuen Aktien à 1000 M auf je eine Aktie von 500 M zum Kurs von nur 110 Prozent, also mehr als halb geschenkt!

Aus der Partei

Fünfsig Jahre Parteiblat

Das älteste der seit der Gründung ununterbrochen erscheinenden Parteiblätter, die "Frankische Tagespost" in Nürnberg, vollendet in diesen Tagen das 50. Jahr des Bestehens. Sie erscheint aus diesem Anlaß in festlichem Gewande. Als "Fürther Demokr. Wochenblatt" in einer demokratischen Druckerei und mit finanzieller Unterstützung bürgerlicher Demokraten am 28. Oktober 1871 erstmals erschienen - sein erster Redakteur war Anton Wamminger, der den damals noch demokratischen Journalisten Wilhelm Los sowie Karl Grillenberger an sich zog - schenkte das Blatt mit Johann Jakob im Jahre 1872 zur Sozialdemokratie über. 1874 ging das inwischen in "Demokratisches Wochenblatt" umgetaupte Unternehmen zum drimastigen Erscheinen über, 1877 wurde es in Tagesakt. In den Stämmen des Sozialistengesetzes vermachte Grillenberger das Blatt, indem er es in "Frankische Tagespost" umtaufte und es nach seinen Wünschen "parteilos" führte, aber Waiser zu halten und zudem seine Drucker für die Herstellung der sozialistischen Literatur - auch der bespante "Sozialdemokrat" wurde zeitweise dort gedruckt - zur Verfügung stellen. Bruno Schmalz als "Arbeiterfreund", das bekannte Wochenblatt, erschien in jenen Jahren auch in der Nürnberger Druckerei. Als das Sozialistengesetz in den letzten Tagen lag, konnte das Blatt der 100. Hausführung in derselben bei einem Jahr hier gefeiert werden. Grillenberger starb 1897 ganz plötzlich im besten Mannesalter, drei Jahre später folgte ihm sein begabter Schüler Karl Dertel, der seit 1883 das Geschäft geleitet hatte. An Dertels Tod schlossen sich wieder schwere innere Wirren an, die aber die Entwicklung des Blattes nicht beeinträchtigten.

Die Redaktionsleitung war seit jener Zeit mehrfachen Wechsel unterworfen: 1888 bis 1900 Friedrich Siedemann an der Spitze, 1900-1902 Scheidemann, dann bis 1907 Dr. Adolf Braun. Als dieser nach Wien ging, folgte ihm Kurt Eisner bis 1910, darauf Wilhelm Herzberg, der 1911 starb. Nur trat Adolf Braun wieder in die Redaktion zurück, die er während der ganzen Kriegs- und Revolutionszeit führte, bis er 1920 in den Parteivorstand berufen wurde. Seit dieser Zeit untersteht die redaktionelle Leitung der "Frankischen Tagespost" dem Genossen Emil Fischer.

Unser Nürnberger Zeitungsunternehmen hat ein bewohntes Leben hinter sich, seine Verdienste um die Gesamtpartei gehen weit über den Rahmen eines lokalen Parteiblattes hinaus. Die Parteigenossen des ganzen Reiches gedenken in dankbarer Anerkennung dieser gewaltigen Leistung und wünschen den Nürnbergern für ihre ausgezeichnet geleitete Zeitung auch weiterhin bestes Gedeihen.

Biesigheim, 7. Nov. Beginn Sonntag hatte unsere Partei hier wieder einen großen Tag. Es war der Tag der Revolutionärsfeier. Im Gischen und im Löwen waren die Gasse bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Gesangsverein "Frohmann", der "Sängerbund" und die Freie Turnerschaft erfreuten die Gäste durch ihre ausgezeichneten Darbietungen. Genosse Seiler aus Karlsruhe, der uns hier sein Fremden mehr ist, feierte in padender Rede die Revolution, die Festteilnehmer auch zu erster Arbeit für die Partei ermahnen. Ein Tanz in beiden Lokalen beschloß die gelungene Feier.

h. Wöflingen, 7. Nov. Unsere Revolutionärsfeier fand am gestrigen Sonntag im Lokal zum "Lamm" statt. Die Feier wurde eingeleitet mit einem Musikstück und einem Freiheitschor, gefolgt vom Arbeitergesangsverein Wöflingen. Einem historischen Rückblick über die Revolutionen in den letzten 130 Jahren in den europäischen Staaten. Er stellte die Ursachen und Auswirkungen der Revolutionen und schilderte dann eingehend Ziel und Zweck der Revolution vom 9. November 1918. Gefeitigt und verankert können die Errungenschaften der Revolution nur durch eine geschlossene Aktion des arbeitenden Volkes werden. Schulung, Aufführung im Sinne des Sozialismus ist dringend notwendig. Mit dem Sozialismus sich vertraut machen ist Grundbedingung für die arbeitende Klasse. Die geistige Waffe des Proletariats, die Arbeiterpresse, darf in seinem Arbeiterkreis nicht fehlen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Sozialismus, in das die Festteilnehmer begeistert einstimmten, schloß der Referent seine Ausführungen. - Gen. Kungmann erwähnte in kurzen markanten Worten alle Teilnehmer das Gedächtnis zu beherzigen und in die Tat umzusetzen. Der Erfolg blieb nicht aus. Erfreulich war, daß die weibliche Jugend stark vertreten war.

Heinsheim, 7. Nov. Die einzig richtige Schlussfolgerung aus dem Anfall der Landtagswahl gegen die hiesigen Anhänger unserer Sache dadurch, daß sie getrennt nach Anhöden eines instruktiven Referats des Parteisekretärs Trinks beschlossen, einen Ortsverein zu gründen. Auch die Gründung einer Filiale der Arbeiterpresse wurde beschlossen. Zum Vorsitzenden wurde der Genosse Karl Blum und als Kassierer der Genosse Felix Zimmermann gewählt. Die Mitgliederversammlungen finden jeweils am ersten Sonntag des Monats statt, und zwar die erste Versammlung am 4. Dezember mit Vortrag über das Göttinger Parteiprogramm. Wir erziehen alle Anhänger hier am Tage, die dem Verein noch nicht beigetreten sind, daselbe zu tun. Unser Streben muß sein, die junge Organisation zu einem lebensfähigen Glied der Gesamtpartei zu machen.

Gemeindepolitik

1. Gölshausen, 8. Nov. Bei der heute hier stattgefundenen Bürgermeisterversammlung ging kein Kandidat als Sieger hervor. Der Landwirt Emil Pfistermeister, der bisherige Bürgermeister, erhielt 147, der Landwirt Ludwig Döhle 184 und der Metzgermeister und Wirt zum Löwen, Jakob Odenwald, 50 Stimmen. 8 Stimmen waren unglültig.

2. Freiburg, 4. Nov. Die Mitglieder des Wieteinigungsamtes, welche nach dem Beschluß des Wietereinigungsamtes überlegung ihres Verwaltungsverwesungen werden sollen, weil sie sich im Prinzip für die Heraushebung der Wietpreise um 50 Prozent einberufen erklärten, veröffentlichten in den hiesigen Zeitungen eine Resolutionsentwurf. Darin haben sie sich immer bemüht, die Wietpreise so niedrig wie möglich zu halten, aber angefangen der zunehmenden finanziellen Belastung der Hausbesitzer, welche bis zu 80 Prozent betrage, hätten sie es für notwendig gehalten, einer Erhöhung der Wietpreise bis zu 50 Prozent ihre Zustimmung zu geben.

3. Freiburg, 4. Nov. Das bereits im Jahre 1911 ausgesprochene Projekt einer Erweiterung des städtischen Wasserwerkes wird nach dem Beschluß des Stadtrats mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen Mark nunmehr seiner Bewirkung entgegengeführt.

eines Mannes Höhe, der trug Spuren von Bildhauerwerk; sie hatten ihn in der Höhle als unerklärtes Denkmal früherer Bewohner vorgefunden. Er stellte ihn aufrecht an die Felswand; es war, als sei eines Menschen Haupt drin angedeutet und eine Bischofsmütze. Und Knuching griff einen gewaltigen feurigen Stein und gab dem Alten einen zu Fanden und begann auf das Steinbild einzubringen und sprach einen Spruch dazu, langsam und ernst wie eine Litanei: Luitward von Berckel: Reichsvertrauer, Echebrecher, neque enim! Nonnenräuber, Märderscheider, neque enim! ... Nicht fieseln die Streiche, da legte sich ein Lächeln um des Alten melle Buge, er erhob sich und schlug mit matten Armen ebenfalls drauf.

Es steht geschrieben: ein Bischof muß tadelloß sein, sprach er in Knuchings Ton, - das für den Nordmänner-Frieden! Das für der Kaiserin Richards Verführung, neque enim! Das für den Reichstag zu Tribur, das für Arnolds Kaiserwahl, neque enim!

Die Höhle widerhallte vom dumpfen Klang; fest stand das Steinbild im Hagel der Schläge, dem Alten ward's leicht und leichter, er hieb sich warm am alten Holz, der ihm seit Jahren ein dürftig Leben fristete.

Eckehard verstand den Bergang nicht ganz. Es ward ihm unheimlich. Er empfahl sich und ging.

Habt wohl schöne Rutzzeit gelunden beim alten Karren draben, sprach der Meier von Serinalingen zu ihm, da er sein Hoch gestaltet vorführte: denn er immer noch, er hat eine Krone vertriebt und ein Reih! Da ha!

Eckehard ritt von dannen. Im Duschmaß sprach das junge Grün des nahenden Frühlings. Ein jugendlicher Mann aus der Reichenau ging derselben Weges. Red, wie Wajfenklingen, kante sein Sang durch die Waldesamkeit:

O laßte junge Landeskraft, nur halt dich drauf! Mit Wächterruf und Feldgeschrei verschuch den Schlaf, Und mach die Kund zu jeder Stunde um Tor und Turm! Der Feind ist flug und schlicht mit Trug heran zum Turm, Von Wall und Zinnen schalle laut dein: halt merd! Das Echo widerhallt: eis vigila!

Es war das Lied, das die Nachtmögen zu Mulina in Welschland sangen, da der Hunnen Heer vor der Widohofstadt lag. Der Dink hatte je vor drei Jahren dort Schildwache gehalten am Tor des heiligen Gemianus und kannte das Bilden der buntnhühen Fiesle: wenn die Annung neuen Kampfes durch die Luft zieht, fallen einem die alten Wieder wieder ein. - (Fortsetzung folgt.)

Schönung entgegengeführt. Die Kohlenknappheit äußert sich in doppelter Hinsicht: einmal muß die geplante Ausdehnung der Straßenbeleuchtung verschoben werden, zum andern wurde der Gaspreis von 1,80 M auf 2 M für den Kubikmeter erhöht.

Die Steuerdebatte im Reichstage

Berlin, 7. Nov. Am Montag standen im Reichstage die elf Steuererlasse und die Branntweinmonopolvorlage zu gemeinsamer Beratung, verbunden mit ihr wurde eine deutschnationale Interpellation über die Valutanot. Der Abg. Edler v. Braun (D.Nat.) forderte die Regierung auf, sich und klar anzugeben, welche Wege sie gehen wolle; um Deutschland aus der jetzigen finanziellen Not heraus zu bringen. Der Präsident kündigte an, daß der Finanzminister scharf auf diese Fragen eingehen werde. Inzwischen nahmen die einzelnen Parteien zu den Steuerfragen Stellung. Der sozialistische Abg. Braun-Franken wandte sich gegen Dr. Gernies, daß er vortraf, daß er sich nur oberflächlich mit den Finanzfragen beschäftigt habe. Er bedauerte lebhaft, daß in dieser Zeit der finanziellen Krise schon seit Mai das Finanzministerium nur nebenamtlich berufen wurde. Der ganze Steuerhaushalt erschien ihm unbrauchbar. Er verlangte eine schärfere Heranziehung des Volkes.

Der Reichswirtschaftsminister Schmidt kündigte einen Gesetzentwurf an, monach das freie Börsenspiel besonders mit Devisen nicht mehr zugelassen werden solle. Nur vom Handelsministerium eingetragene Firmen sollen Aufträge erteilen können. Die Verkäufe sollen dem Finanzamt mitgeteilt werden, damit es Kenntnis erhalte von den Vermögensveränderungen. Der Minister bedauerte, daß wir in unserer schwierigen Lage so wenig Verständnis bei unseren Gegnern finden. Wir müssen unsere Einfuhr verringern und die Ausfuhr vermehren. Trotzdem zwingt uns Frankreich dauernd, überflüssige Luxusartikel einzuführen. Der Staat wendet sich an alle diejenigen, die den Besitz in Händen haben und erwartet besonders die Unterstützung der Industrie. Gelingt es nicht, die Mark zu stabilisieren, so ist eine ungeheure Preissteigerung unvermeidlich. Offentlich wird das durch die Hilfe aller Leistungsfähigen Kreise verhindert.

Am Dienstag geht die Mißbräue weiter.

Sitzungsbericht

Am Regierungstisch Dr. Gernies. Präsident Lobe eröffnet die Sitzung 1 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung steht das Gesetz über das Branntweinmonopol, ferner die 11 Steuererlasse; verbunden mit der Aussprache wird die deutschnationale Interpellation über die Valutanot.

Abg. Edler von Braun (D.N.) fordert Auskunft über das Programm der Regierung hinsichtlich der finanziellen Not. Wir würden den Sturz der deutschen Valuta nicht aufhalten können, wenn nicht dadurch dem Auslande bewiesen wird, daß die deutsche Regierung nicht eine Kontertopolitik betreibt, sondern Wiederheraufbau will.

Abg. Braun-Franken (Soz.): Die Rede des Reichsfinanzministers hat bei allen Parteien sehr enttäuscht. Der Zustand, daß seit dem Mai das Finanzministerium in dieser Zeit der finanziellen Katastrophe nur im Nebenamt verwaltet wird, ist einfach unerhörte. Dr. Gernies hat sich in seine Arbeit nicht vertieft, sondern nur die Rechnung seines Vorgängers übernommen; an einer schärfere Idee fehlt es vollkommen. Wir müssen eingestehen, daß wir vor dem Nichts stehen, aber einen Ausweg aus den Wirrnissen finden müssen. Die Vorschläge des Ministers befriedigen in keiner Weise. Die Gesamtheit der Steuererlässe erscheint uns nicht annehmbar. Die Devisenbeschaffung ist eine Frage von Leben und Tod. Die Arbeiterklasse wird ihre Pflichten dem Staat gegenüber tun, aber auch die Besitzenden müssen ihr Teil dazu beitragen. Soll die Erfüllungspolitik keine Spruchstein, so müssen wir zur Erlassung der Schwere kommen.

Abg. Gerold (Dz.) erinnert den Vortrager daran, daß es als Angehöriger einer Regierungspartei die Stellung der Regierung nicht erschweren dürfe. In diesem Stadium könne kein Urteil über die Tätigkeit des Finanzministers abgegeben werden. Man solle seine Karten abwarten. Schon Erbsberger hat anerkannt, daß die Steuererlässe aus dem Reich erschöpft sind. Die außerordentliche Anspannung der direkten Steuern führt zu dem Zugzwang, den wir täglich sehen. Wenn wir neue Steuern beschließen, müssen die Schulden des Reiches getilgt werden, sonst sinkt der Wert der Mark weiter. Die Steuern müssen so ausgebaut werden, daß sie unsere Wirtschaft nicht zu sehr beeinträchtigen. Der Anteil der Länder und Gemeinden reicht nicht mehr aus. Die Behörden müssen bei der Ermäßigung gerechter Vorgehen, und dem Publikum gegenüber mehr Entgegenkommen zeigen. Die Etatzahlen beweisen, daß wir dem besten Willen unsere Pflichten nicht erfüllen können; leben wir alle Kräfte ein, um zu erfüllen, soweit es möglich ist.

Abg. Böhm (Famer, Volksp.) erklärt, daß es keinen Zweck habe, Zeit zu gewinnen, da wir auf die Dauer doch nicht erfüllen können. Leider haben wir in der Welt nichts weiter als die Führer. Trotzdem kommen schon Stimmen der Vernunft aus dem Auslande. Die Reichsregierung muß endlich den Mut haben, den Gegnern den ganzen Umfang unserer Not zu zeigen. Wir brauchen einen vollkommenen Restitutio in integrum. Das Ausland raubt Deutschland aus und die breiten Massen werden immer mehr in die Wertenspekulation hineingezogen. Der Forderungsbetrag macht uns zu einem Volke, dem niemand Kredit gewähren will. In der Wirtschaft müssen sich beide Teile verständigen.

Abg. Dietrich-Baben (Dem.): Der jetzige Weg unserer Finanzen führt in den Abgrund. Die Schuld tragen allein die Reparationsverpflichtungen. Diese Lasten belaufen sich schon auf 25 Milliarden Papiermark. Das kann aus dem deutschen Volk nicht mehr herausgeholt werden. Der Grund für die rapide Geldentwertung liegt schließlich in der Erzwingung gewaltiger Reparationen und Sachleistungen Deutschlands. Ohne diese wäre es möglich, den Etat zu balancieren. Werden die Reparationsanforderungen in solchem Umfang aufrecht erhalten, so bedeutet das für Deutschland Fortdauer der Geldentwertung. Die Entente trägt die ganze Verantwortung dafür, daß Deutschland nachhaken nicht mehr zahlungsfähig sein wird. Die Schuld an dem wirtschaftlichen Durcheinander und an der Arbeitslosigkeit trägt die Entente. (Ausrufung.) Der Redner fordert die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Ohne die Befreiung der unmöglichen Bestimmungen des Friedensvertrages gibt es keine Ordnung in der Weltwirtschaft. (Zustimmung.) Die Folgen des französischen Hofes sind, daß die Arbeiterlosen in England und Frankreich auf der Straße liegen. Nur wenn auf Deutschland Rücksicht genommen wird, kann eine geordnete Weltwirtschaft wieder eintreten. Wenn das Vermögen richtig erfährt wird, so erfährt man ja auch die Schwere. Die Hauptsache ist eine Vereinfachung der Steuererhebung. Am Finanzministerium wird zuviel geschrieben und beredet; die

Ludendorff, der Verderber Deutschlands, und sein Strohmann Hindenburg

Der neueste Memoirenband Bethmann-Hollwegs vervollständigt das Bild des Generals Ludendorff als des Hauptschuldigen am Untergang Deutschlands. Ludendorff zeigt sich darin von einer Seite, die bisher zu wenig beleuchtet wurde, aber für die Beurteilung dieses vollendeten Züchtungsproduktes des preußischen Militarismus wesentlich ist.

Die ultimative Drohung mit dem eigenen Rücktritt, falls dies oder jenes nicht sofort geschehe, wurde in der Ära Hindenburg-Ludendorff zum wesentlichen Bestandteil der Politik der D.D.R. Die stereotypische Formel, um seinen Willen durchzusetzen, lautete: „Man könne die Verantwortung nicht länger tragen, wenn um.“ Wie diese Drohungen von Soldaten gegenüber dem „obersten Kriegsherrn“ mit dem Begriff preussischer Disziplin zu vereinbaren sind, mögen uns einmal die Herren von der Rechten auseinandersetzen. Ist der Generalstreik der Generale nicht ein Anreiz zum Generalstreik der „gewöhnlichen“ Soldaten?

Auf diese Art erzwangen aber die Generale die unglückselige Erklärung des rücksichtslosen U-Bootkrieges, obwohl sie wiederholt und nachdrücklich von der zivilen Reichsleitung darauf hingewiesen worden waren, daß dieser Schritt den Eintritt Amerikas in den Krieg zur unermesslichen Folge haben würde. Bethmann berichtet hierüber auf Seite 129 seines neuer erschienenen Erinnerungsbuches:

„Ein Hinweis des Auswärtigen Amtes auf die ersten Bedenken wurde dahin erwidert, daß der General zwar nicht vor der Erhebung unserer Friedensaktion zum unbeschränkten U-Bootkrieg drängen wolle, es folgte aber sofort die ganz verlässliche Erklärung, daß wir ohne den rücksichtslosen U-Bootkrieg den Feldzug verlieren würden. Ende Januar sei der Zeitpunkt gekommen. Der Feldmarschall könne die Verantwortung für den Verlauf des Feldzuges nicht mehr tragen, falls die Regierung hierauf nicht einging. Es wurde also bereits am 22. Dezember von der Führung der Armee offen mit der Stellung der Kabinettsfrage gedroht.“

Einige Monate später erneuerte Ludendorff seinen bereits anlässlich des U-Bootkrieges geäußerten Erprellungsversuch. Jetzt galt es, den Kanzler der Oberhoheit des gezeigten preussischen Mahrrechts und der Friedensrevolution zu stürzen. Nach einer Mauthurfsarbeit von Wochen, an der sich als besonderer Vertrauensmann von Ludendorff der Oberst Bauer in hervorragendem Maße beteiligte, gelang es zwar der D.D.R., die Stellung Bethmanns ernsthaft zu erschüttern, aber noch hielt Wilhelm II. zu seinem Kanzler. Um die Entscheidung in ihrem Sinne zu erzwingen, wiederholte Ludendorff und sein Strohmann Hindenburg den Erprellungsversuch. Bethmann erzählt auf Seite 235 seines Buches von dem letzten Vortrage, den er am 12. Juli 1917 im Schloß Bellevue dem Kaiser über die bereits beschlossene Friedensrevolution hielt:

„Nach vor Abschluß dieser Sache meldete der Chef des Militärkabinetts Seiner Majestät, daß nach einer sechsten aus Kreuznach eingetroffenen Nachricht Abschiedsgelüste des Generals v. Hindenburg und des Generals Ludendorff unterweges seien. Der Abschied werde damit begründet, daß beide Generale mit mir als Kanzler nicht arbeiten könnten. Hingugefügt habe bei der Übermittlung der Nachricht der Oberst von Marschall, General Ludendorff sei entschlossen, diesmal nicht nachzugeben, sondern unter allen Umständen auf seinem Willen zu bestehen. Auf die erhaltene Meldung kennzeichnete Seine Majestät in meiner Gegenwart scharf und bitter die unerträgliche Stellung, in die er als Monarch durch dieses Ultimatum seiner obersten Generale gebrängt werden solle. Er befahl deren gleichzeitiges Kommen nach Berlin. Meinejerzeit erklärte ich, daß eine Entlassung der beiden so verdienstreichen und von dem einmütigen Vertrauen der Nation getragenen Heerführer selbstverständlich ausgeschlossen sei, und beendete meinen Vortrag. Am nächsten Morgen reichte ich mein Abschiedsgelüste ein. Um dem Kaiser wenigstens formal die Möglichkeit zu geben, meinen Rücktritt unabhängig von dem Ultimatum der Generale zu bewilligen, nahm ich auf dieses überhaupt keinen Bezug, sondern motivierte mein Gesuch lediglich mit der parlamentarischen Konstellation.“

Unter Michaelis, unter Hertling feierte der Absolutismus der D.D.R. wahre Orgien. Alles ging nach Wunsch — wenigstens soweit das Kuschen der Zivilgelehrten vor den beiden Generalen in Frage kommt. Militärisch aber ist alles fehl, insbesondere die große Offensive im Westen im März und Juli 1918, von der Ludendorff ausdrücklich erklärt hatte, daß sie den endgültigen und entscheidenden Sieg herbeiführen würde.“

Es kam der Tag — 28. September 1918 —, an dem General Ludendorff den Kopf berlor und die sofortige Entsendung eines Friedensangebotes an Amerika durch eine neu zu bildende „ver-

handlungsfähige“ Reichsregierung für unerlässlich erklärte. Die Reichsregierung des Bringen Mar wurde gebildet, das Angebot ging hinaus.

Inzwischen wollte Ludendorff, durch irgendwelche lokale Umkehrerfolge wieder ermuntert, alles wieder rückgängig machen und den Kampf von neuem aufnehmen. Das Kabinett, das nur unter dem stürmischen Drängen Ludendorffs und trotz stärkster Bedenken das Friedensangebot erlassen hatte, war der Ansicht, daß man dieses Spiel mit dem Schicksal des deutschen Volkes: „Min in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln!“ nicht lediglich auf Grund der subjektiven Empfindungen und Anschauungen eines einzelnen Menschen treiben könne. In der Kabinettsitzung vom 16. Oktober wurde vom Zentrumsführer und Staatssekretär Groeber angeregt, noch andere kommandierende Generale zu Rate zu ziehen, ehe man ein derartiges Babanquespiel riskiere. Das Sitzungsprotokoll verzeichnet hierüber (Amtliche Urkunden über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes, Seite 63 ff.):

Groeber: Es genüge nicht, Eggeling Ludendorff zu fragen, sein Urteil sei nicht mehr allein maßgebend. Man müsse sich mit anderen Heerführern im Westen ins Benehmen setzen. Das Kabinett brauche diese Rückenbedeckung, und zwar allemal.

v. Payer unterstützt den Antrag, auch andere Heerführer zu hören und fragt, ob die früheren Angaben des Generals Ludendorffs festgelegt seien.

Zu Beginn der Kabinettsitzung des folgenden Tages teilte der Reichskanzler Brin Mar mit, daß er ein Telegramm des Kaisers erhalten habe, monach außer Ludendorff noch andere Heerführer zu hören sein würden. Das Sitzungsprotokoll besagt sodann:

Der Reichskanzler erklärte, wegen der Anhörung weiterer Heerführer habe er Seiner Majestät Vortrag gehalten und erwarte nach im Laufe des Tages die Entscheidung des Kaisers, von der seine weiteren Schritte abhängig seien.

Dies habe er dem General Ludendorff mitgeteilt. Der General habe in großer Erregung geantwortet, dann müsse er sofort seinen Abschied nehmen und mit ihm Generalfeldmarschall Hindenburg.“

Ein weniger von sich eingebildeter Mensch als Ludendorff ein Mensch mit einigem Verantwortungsgefühl gegenüber den Millionen von Soldaten, deren Existenz auf dem Spiele stand, hätte eigentlich froh sein müssen, daß man ihn durch Heranziehung anderer Sachverständiger entlastete. In dieser kritischen Stunde Deutschlands bewies der kalte Geist Ludendorff, daß seine Eitelkeit größer war als seine Sorge um das Schicksal von Heer und Heimat. Was ihm aber einst gegenüber dem ewig schwankenden, haltlosen Monarchen stets gelungen war, mißlang diesmal gegenüber dem Kabinett des Bringen Mar, das aus Männern bestand, die nicht gewillt waren, mit der Existenz ihres Volkes Schindluder treiben zu lassen. Solch berückelte, daß ihn am gleichen Morgen in aller Frühe der Abgeordnete Fischer angefaßt und ihm gesagt habe, das Vertrauen der Nationalliberalen Partei auf General Ludendorff sei so erschüttert, daß sie erwarte, die Regierung werde sich bei diesem Entschluß nicht nur auf Hindenburg und Ludendorff stützen, sondern auch andere Feldherren anhören. Groeber berichtete über einen gleichen Schritt Stresemanns bei ihm. Der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, der nationalliberale Führer Friedberg, bestätigte, daß „das Publikum nicht begreifen würde, wenn hier das Schicksal Deutschlands auf den richtigen Blick von zwei Augen gestellt würde.“ Brin Mar erwiderte, daß er alles dieses schon Ludendorff gesagt habe; es habe nichts genützt!

Einem größeren Verbrecher am Schicksal eines Volkes, als den General Ludendorff hat es wohl kaum jemals in der Geschichte gegeben. Und diesem Menschen lauten noch Angehörige des Volkes nach. Welch eine jämmerliche Rolle in dem großen deutschen Drama spielt auch der Marschall Hindenburg, dieser haltlose Strohmann in den Händen eines gewissenlosen und frivolen Schardeurs.

Der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Sante, berichtet über Besprechungen mit General Ludendorff im Juli und August 1918:

„Mitte Juli 1918, vor Antritt des Postens des Staatssekretärs, hatte ich in Abwesenheit General Ludendorff die förmliche und bestimmte gefasste Frage vorgelegt, ob er sicher wäre, mit der jetzigen Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen? General Ludendorff hatte meine Frage wiederholt und darauf erklärt: „Darauf antworte ich mit einem bestimmten Ja.“

(Amtliche Urkunden über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes. Seite 16.)

Beamten finden sich einfach nicht mehr zurecht. Das ist geradezu eine Sabotage der Steuererhebung. Zu einer Erfassung des Privatigentums hat Frankreich kein Recht. Die Entente muß, um wenigstens für ein Jahr die Reparationsleistungen funden. Eine Gewaltspolitik richtet den ganzen Kontinent zugrunde.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

Wir sind allerdings in außerordentlich schlechte Verhältnisse hineingeraten. Die Ursachen sind klar. Wir haben nach dem Krieg unsere Passivseite ungeheuer ver mehrt. Wir können mit 2 Milliarden Goldmark rechnen; dazu kommen drei Milliarden Reparationskosten und eine halbe Milliarde Besatzungskosten usw. Das sind rund 6 Milliarden. Wir müssen daher die Einfuhr mehr zurückhalten und die Ausfuhr begünstigen, um den Verfall zu erhalten. In unserer freien Verfügung sind wir hier jedoch durch die Entente gebindert. Aus Frankreich sind an Wein und Spirituosen für 90 Millionen Mark hereingekommen; an Seife, Parfüm und Leder für 17 1/2 Millionen, an Spitzen für 160 Millionen (Gort, Hertl). Das sind natürlich überflüssige Luxusmittel. Wir wissen nicht, wie lange der jetzige Zustand anhält, ob er nicht von einer schlimmeren Krise abgelöst wird. Aus dieser schwierigen Lage müssen wir herauskommen; weiter müssen wir auf der anderen Seite Verhandlungen suchen. Wir haben auch nicht die Macht, eine entscheidende Abgabe zu erteilen.

Die Spekulation allein ist nicht Ursache des Sinkens der Mark, aber sie sorgt in der übelsten Weise dafür. Sie zieht die weitesten Kreise in dieses Spiel hinein. Wir müssen ihr Einhalt gebieten, sonst werden einst viele sehr enttäuscht sein. Es wird ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, monach das freie Börsenspiel, besonders in Devisen nicht mehr zugelassen werden soll. Die Auftraggeber sollen nur noch eingetragene Firmen sein. Von den Verlusten soll dem Finanzamt Kenntnis gegeben werden. Abzweck versprochen wir uns von diesen Maßnahmen allerdings nicht, aber hoffentlich wird die maßlose Spekulation vermindert. Regierung und Reichsbank sind bei Beschaffung von Devisen nicht genügend unterstützt worden und der Außenhandel hat sich in den letzten Monaten ziemlich gekleinert, so daß Devisen vorhanden sein müssen. Es fragt sich, ob wir nicht an das Ausland herantreten müssen und um Festhaltung bitten müssen, welche deutschen Vermögen nach dem Ausland verflohen worden sind. Der Minister bedauerte, daß der Reichsverband der deutschen Industrie die Ruhfarnung des Kredits von politischen Voraussetzungen abhängig gemacht hat. Es liegt nicht nur im Interesse der Regierung, daß Besetzung eintritt, sondern auch in dem Interesse der wirtschaftlichen Kreise der Industrie und des Handels. Der Staat wendet sich an diejenigen, die den Besitz in Händen haben. Diese Seite hätte nicht so schroff ablehnen sollen. Wir müssen neue Steuerquellen erschließen, um zu einer Reform unserer gesamten Finanzlage zu kommen;

Dazu brauchen wir die vorübergehende Hilfe der Industrie. ...

Hg. Dr. Geffers (Df.) wies darauf hin, daß in dieser ...

Das Haus vertritt sich auf Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: ...

Rentenerhöhung

W. Berlin, 7. Nov. Im Sozialausschuß des Reichstages ...

Badische Politik

Eine Schweizer Stimme über die badischen Landtagswahlen

Das führende Blatt der deutschen Schweiz, die 'Neue ...

Nach dem Vorgang der Berliner Stadtverordnetenwahlen ...

Damit finden wohl die Betrachtungen der Reichsparteien ...

Gegen die Selbstempfehlung des Hauptlehrers Hofheim Heidelberg

als Nachfolger des verstorbenen Ministerialrats Rödel nimmt ...

Diese Forderung der sozialdemokratischen Lehrer ist von ...

allen Seiten hierdurch betonen, nur recht und billig. Die ...

Sozialistenkreiser Gehard

Der Landesvorsitzende des badischen Landbundes, Hg. ...

Da wir meher das Schreiben noch den Schreiber ernst nehmen ...

Deutschnationale Fiermas

In einem Artikel über die Landtagswahlen, in dem ...

Die Deutschnationalen vor allem haben in diesem Wahlkampf ...

Danach scheinen also die Deutschnationalen vom Landbund ...

Wer ist Herr im Reich?

Der 'Konstanzer Zeitung' zufolge schweben gegenwärtig ...

Zusammentritt des Landtags. Die Mitglieder des Landtags ...

Die demokratische Fraktion des Landtags hat in ihrem ...

Genossenschaftspräsident Bürgermeister Red gekürdet. Im ...

Die demokratische Fraktion des Landtags hat in ihrem ...

Theater, Kunst und Wissenschaft

Volk-Lieder-Abend des 'Volk-Chor' Karlsruhe-West

Das Programm, das unser 'Volk-Chor' Karlsruhe-West für ...

Der Abend des 'Volk-Chor' Karlsruhe-West hat sicher bei ...

endung gegeben wurden. Herzlicher Beifall dankte denn auch ...

Als weiteres ist anzuerkennen, daß auch die Vorträge der ...

Konzert Kreisberg-Gesellschaft. Die hier noch unbekannt ...

Konzert Kreisberg-Gesellschaft. Die hier noch unbekannt ...

Aus der Stadt

Karlsruhe, 8. November

Geschichtskalender

8. November. 1918 Rücktritt des preussischen Kabinetts. ...

Mitteilungen aus der letzten Stadtratssitzung

Stromversorgung von Wagon. Die Kosten hierfür waren ...

Winterfahrplan der Straßenbahn. Der vom Vahnam ...

Das Bauen im Wehradergebiet. Der Stadtrat nimmt ...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten: Rudolf Reuber von Gelnhausen, Kaufmann ...

Todesfälle: Ewald Bayer, Witmer, Vermessungsrevisor ...

Trost' ragen bemerkenswert hervor. Dabei ist Professor ...

Badisches Landestheater

Neu einstudiert: 'Die Wildente', Schauspiel von Henrik Ibsen ...

30-jähriges Jubiläum des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Der Züricher Professor Heinrich Gertner sagt in seiner Schrift über die Arbeiterfrage treffend, daß für die Erziehung der Arbeiter zu selbständigen Männern und freien, gleichwertigen Bürgern nichts so viel geleistet hat, als die Gewerkschaftsbewegung.

Den Wert der Gewerkschaften richtig gewürdigt und alles in Berücksichtigung gezogen, was eine 30-jährige Gewerkschaftstätigkeit bedeutet, dann geht eine Feiertage, wie sie die Metallarbeiter begehen können, weit über den Rahmen hinaus, in dem sich Vereinskasse sonst bewegen.

Entsprechend der Bedeutung der Verwaltungsstelle Karlsruhe des Deutschen Metallarbeiterverbandes, deren Geschichte eine ruhm- und wechselfolle ist, wurde auch die Jubiläumfeier begangen, die am Sonntagabend im großen Saale der Festhalle stattfand.

Eröffnet wurde das Programm durch die Overtüre zu „Oberon“ durch das Orchester des Musikerverbandes, deren Leistungen auf voller Höhe stehen.

Im Mittelpunkt des Abends stand die Festsprache des Koll. Schulenburg. Er ging zuerst auf die Gründungs- und Entwicklungsgeschichte des Metallarbeiterverbandes im allgemeinen und der hiesigen Verwaltungsgesellschaft im besonderen ein.

Mit einem Festball fand die Feier, auf die alle Teilnehmer mit Stolz zurückblicken können, ihr Ende. Nun Glück auf zu neuer Arbeit, zu weiteren Erfolgen!

Genosse Willibald Grahl. Wiederum hat der Tod aus den Reihen unserer Partei ein Opfer geholt: Genosse Willibald Grahl starb gestern mittag nach einer Magenoperation im hiesigen Krankenhaus.

Ein dornenvoller kampfreicher Weg — Sozialisten-gebet, Judikationsgesetz, Erpressungsparagraf — mußte zurückgelegt werden bis zum heutigen Stand. Erfolge und Niederlagen wechselten ab.

Die Vertigung findet Mittwoch nachmittags 1/4 Uhr statt. Die Genossen und Genossinnen, besonders jene der Mittel- und Südweststadt, werden um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Ein Fall. Am Sonntag nacht stürzte im Maschinenhaus des Rangierbahnhofs hier ein Arbeiter vom Tender einer Lokomotive herab und zog sich erhebliche Verletzungen am Gesicht zu, daß er mittels Krankenautos ins städt. Krankenhaus verbracht werden mußte.

Diebstahl. In der Nacht zum 2. November ds. Js. wurden einem Wirt in der Fähringerstraße hier aus dem Schranke seines Schlafzimmers zwei Sparbücher mit Einlagen sowie 1000 M. in Geldstücken von bis jetzt unbekanntem Täter gestohlen.

Grundfragen der auswärtigen Politik. Nächsten Donnerstag, 10. November, abends 1/2 Uhr, beginnt an der Technischen Hochschule ein Volkshochschulkurs über „Grundfragen der auswärtigen Politik“.

Kurs (Heidelberg) abhalten. Unsere Genossen und Genossinnen wie auch die gesamte Arbeiterschaft seien auf diesen Kurs ganz besonders hingewiesen.

Volkshochschulkurse. Wegen unaufschiebbarer Dienstreife ist Herr Dr. Storz, Direktor der Badischen Kunstschule verhandelt, seinen Volkshochschulkurs „Die Kunst in Handel und Industrie“ am 11. zu beginnen.

Valuta-Bericht vom 7. November

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 1.90 Gls. Auszahlung Holland notierte 97.80 M. per holl. Guld.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 8. November 1921

Voraussetzliche Witterung: Wolkig, kalt, vielfach Nachtfrost. Maximaltemperatur des Rheins: Schusterinsel 195, gef. 1; Rehl 202, gef. 10; Wogau, gef. 4 Centimeter.

Die Revolutionsfeier des Sozialdem. Vereins

findet morgen Mittwoch abends 8 Uhr im Konzerthaus statt.

- Vortrags-Ordnung: 1. Präliminum und Hymne (Orgel), Herr Krieger J. S. Bach; 2. Festsprache, Arbeitsminister Dr. Engler; 3. Sonne an die Freiheit, Sängerbund „Vorwärts“; 4. Abendlied (Orgel), Herr Krieger; 5. Regitationen, Frau Margarete Ritz; 6. Die Zeiten an die Lebenden, Juli 1848, Herr Freiligrath; 7. Grab und Hymne (Orgel), Herr Krieger J. S. Bach.

Die freiwillig gesinnte Bevölkerung ist dazu bestens eingeladen. Eintrittskarten 2.50 M. sind erhältlich in der Expedition des „Volkstums“, Volkshochschulung, Adlerstraße 16, und im Zigarrenhaus Wypser.

Eine Massenversammlung der Angestellten

Gestern Montag waren die Mitglieder des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes (Afa), des Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Gedag) und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G.M.A.) in überaus reicher Zahl im großen Festsaal versammelt.

Diese gewaltige Versammlung soll ein Protest gegen die Verhöhnung der Arbeiter durch ihre Arbeitgeber sein, die die Menschenrechte (und dazu gehört das Recht auf ein ausreichendes Einkommen) mit Füßen zu treten glauben.

Als 2. Redner sprach Herr Graf (G.M.A.). Der Redner gab insbesondere den Bericht über die Verhandlungen am Freitag. Der Vorsitzende der Arbeitgeber beschnitt die Forderungen als zu hoch und bemühte sich, die Angestelltenvertreter bis in den Dezember hinein festzulegen.

Kollene Rüdert (Afa) führte darauf ungefähr folgendes Bild: Was wir von den Verhandlungen mitgebracht haben, ist herzlich wenig. Am 27. Oktober traten wir auf Wunsch der Mitglieder mit einem Vorstoß der gesamten Angestelltenchaft vor die Unternehmer.

gestellten und Beamten aus Mannheim. Er machte die Anwesenden darauf aufmerksam, daß die Forderungen, um die Karlsruhe kämpft, in Mannheim längst erledigt sind.

Die heute Montag, 7. November 1921, im großen Saale der Festhalle zu Karlsruhe versammelten Angestellten haben von dem Stand der Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden der Industrie Kenntnis genommen.

Kleine badische Chronik

Mannheim, 7. Nov. Der Wasserstand des Rheins hat sich zwar etwas gebessert, ist aber immer sehr ungünstig. Immerhin ist jetzt eine bessere Abnutzung des Rahmens ermöglicht.

Wolfsch, 7. Nov. Zu dem Eisenbahnunfall bei Lohberg wird noch gemeldet, daß durch den Anprall auf dem zwischen den Gleisen liegenden großen Felsblock beide Lokomotiven aus dem Gleise geworfen wurden.

Letzte Nachrichten Schwere Sturmschäden in Norddeutschland

B.T. Berlin, 7. Nov. Aus allen Teilen Deutschlands gehen Meldungen über Vermüstungen ein, die durch das Unwetter angerichtet wurden. In Kiel war der Sturm von starkem Hochwasser begleitet, das in der Stadt und in den Orten der Kieler Bucht erheblichen Schaden verursachte.

U. G. S. 8. Nov. (Telunion). Der Sturm, der am Sonntag im ganzen Rheinland wüthete, hat hier leider auch Menschenleben gekostet. Nach Beendigung des Nachmittags-gottesdienstes für die Schulkinder hielt die Lehrerin die Kinder wegen des Sturmes länger in der Kirche zurück.

W.B. Weinsbilla, 7. Nov. Hier wurde durch den Sturm ein Eisenbahnbeamter in einen vorübergehenden Zug geschleudert und getötet.

Schrittsetzung: Georg Schupf. Verantwortlich: für Artikel, Politische Überlicht und Letzte Nachrichten Hermann Kober; für Politische Politik, aus dem Lande, Gemeindepolitik, aus der Partei, Gerichtszeitung und Familienromanen Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschafts- und Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Christlichen Josef Gieseler; für den Anzeiger, Ullrich Reiner, sämtlich in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Aktionen-Gesellschaft). Jeden Dienstag und Freitag, abends 7 Uhr, Nebensabende im Schreppischen Bierkeller.

Karlsruhe-Rheinheim. (Sogdem. Verein). Dienstag abends 8 Uhr im „Schwanen“ Parteiversammlung. Vortrag des Gen. Stenz: „Arbeiterschaft, Partei- und Sportbewegung“. 7025

Wichtiges für die Hausfrau.

Billige, wohlschmeckende Suppen macht man von übriggebliebenem Gemüse, wie Kürbis- oder Kürbisschale, Bohnen, Karotten, Erbsen, indem man die Gemüseschale mit Mehlbrühe aus Kaffee's Fleischbrühebrühe vermischt, mit etwas Schmalz bindet und über jeltschmittene Brotkrumen anrührt.

Todes-Anzeige. Gestern morgen kurz vor 9 Uhr verschied unser Bürgermeister Ludwig Neck aus Eggenstein schnell und unerwartet aus dem Leben. Die Beerdigung findet Mittwoch mittag 3 Uhr vom Trauerhaus aus in Eggenstein statt. Um stille Teilnahme bittet Eggenstein, 8. November 1921. Der Gemeinderat. I. V. Fuchs.

